

Kapitel 5: Zusammen leben



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Alexander Link (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 420 bis 431:

~~Alle Bürger*innen sollen gleichberechtigt an der Willensbildung unserer Gesellschaft teilhaben können. Die Gemeinnützigkeit ist dafür ein wichtiger Status, der an vielen Stellen überhaupt erst Zugänge öffnet. Damit Initiativen und Verbände eigenständig bleiben, sorgen wir deshalb für Klarheit und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht. Ihre gemeinnützigen Ziele sollen sie auch durch politische Aktivitäten wie Studien und Demonstrationen verwirklichen dürfen. Nicht nur die Förderung des demokratischen Staatswesens, sondern auch die Förderung tragender Grundsätze sollte klar gemeinnützig sein. Die Gemeinnützigkeit zusätzlicher Zwecke wie des Friedens, der Durchsetzung der nationalen und internationalen Grund- und Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Durchsetzung des Sozialstaatsgebotes und allgemein der gleichberechtigten Teilhabe und der Bekämpfung von Diskriminierung wollen wir anerkennen und stärken. Auch der E-Sport soll gemeinnützig werden.~~ Ebenso notwendig für eine lebendige Demokratie ist eine Zivilgesellschaft, die sich einmischt und politisch mitdiskutiert. Wir wollen eine „Partner*innenschaft mit der Zivilgesellschaft“ begründen, der ein großer, landesweiter Dialogprozess vorausgeht und in der Leitlinien für das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft konzeptionell und zukunftsorientiert diskutiert werden. Die Gemeinnützigkeit ist ein wichtiger Status zivilgesellschaftlicher Organisationen, der an vielen Stellen überhaupt erst Zugänge öffnet. Damit Initiativen und Verbände eigenständig bleiben, sorgen wir deshalb für Klarheit und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht. Ihre gemeinnützigen Ziele sollen sie auch durch politische Aktivitäten, Haltungen und Meinungsäußerungen verwirklichen dürfen. Die Gemeinnützigkeit soll für zusätzliche Zwecke möglich sein, z.B. den Einsatz für Frieden, die Durchsetzung der Grund- und Menschenrechte, den Einsatz für Rechtsstaatlichkeit, der Durchsetzung des Sozialstaatsgebotes und gleichberechtigten Teilhabe und der Bekämpfung von Diskriminierung. Auch digitales Engagement oder den E-Sport wollen wir als gemeinnützig anerkennen. Mit der Einführung einer Demokratieklausele stellen wir sicher, dass sich Vereine aktiv an gesellschaftlichen

Begründung

Die "Partnerschaft Zivilgesellschaft" soll ein breiter, dialogischer Prozess der Politik mit Bürger*innen, NGOs etc. sein, an dessen Ende eine Art Gesellschaftsvertrag steht, der Aussagen über das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft, Engagement und Ehrenamt, demokratische Beteiligung usw. trifft. Dabei könnte sich an dem schwedischen Prozess des „Överenskommelsen“ orientiert werden, vgl. https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/mediathek/pdf/import/Recherche-Schweden.pdf, S. 16

Wir wollen zudem digitales Engagement insgesamt gemeinnützig anerkennen, z. B. die Produktion und Bereitstellung von Kreativinhalten unter freier Lizenz (Fotos, Grafiken, Zeichnungen, Musik) oder offener und freier Software (FOSS), Einsatz gegen Cyberkriminalität und Hass & Hetze im Netz, Engagementportale- und Netzwerke etc.

Vgl. hierzu u.a. den 3. Engagementbericht (<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/dritter-engagementbericht-kurzfassung--159536>) oder den Antrag der grünen BT-Fraktion: <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/102/1910223.pdf> (Punkt 9.)

Der Rest sind Präzisierungen oder Streichungen (nicht notwendiger) Passagen bzw. technischer Details.

weitere Antragsteller*innen

Felix Bach (KV Braunschweig); Tobias Franz (KV Braunschweig); Katharina Zimmer (KV Mannheim); Johann Lukas Fetkötter (KV Braunschweig); Swantje Schendel (KV Braunschweig); Leonore Köhler (KV Braunschweig); Elisa Dittmann (KV Braunschweig); Andreas Tesche (KV Rostock); Mareile große Beilage (KV Braunschweig); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Anton Hensky (KV Braunschweig); Natascha Kauder (KV Frankfurt); Anne Johannsen (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge); Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln); Yusuf Uzundag (KV Hamburg-Altona); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Raphael Marquart (KV Köln); Gordon Schnepel (KV Braunschweig); Laura Benning (KV Berlin-Pankow); Dave Tkaczyk (KV Braunschweig); Karen Minna Oltersdorf (KV Braunschweig); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Nina Wellenreuther (KV Mannheim); Inga Kretzschmar (KV Lippe); Lukas Weber (KV Heidelberg); Nicolás Lutzmann (KV Heidelberg); Marcel Richter (KV Braunschweig); Quentin Kügler (KV Leipzig); Tim Demisch (KV Berlin-Treptow/Köpenick)